



akademie caritas-pirckheimer-haus



## „Mehr oder weniger Europa?“

### Die Zukunft der Europäischen Union nach der Krise

Die Zukunft der Europäischen Union stand vom 28. bis 29. Juni 2013 im Zentrum einer Tagung der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in München, des Europabüros mit EUROPE DIRECT-Informationszentrum der Stadt Nürnberg sowie des Zentralinstituts für Regionenforschung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Der Friedensnobelpreis an die Europäische Union einerseits, die Krise und die sozialen Verwerfungen in vielen Mitgliedstaaten andererseits waren Anlass, die von der Gemeinschaft anvisierten Reformmaßnahmen in allen zentralen Politikfeldern unter die Lupe zu nehmen.

„Wieviel Europa wollen wir?“, „Wessen Europa soll es sein?“ und „Welches Europa streben wir an?“ lauteten die drei Leitfragen für Diagnose und Perspektiven (PD Dr. Petra Bendel, Zentralinstitut für Regionenforschung, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg).

In seiner Keynote verwies der Leiter des Informationsbüros München, Europäisches Parlament, Paul-Joachim Kubosch, auf die Diskrepanz zwischen der Friedens- und Wertegemeinschaft der EU und ihrer oft mangelhaften Wahrnehmung und Wertschätzung. Er verlangte eine weitergehende Transparenz, Partizipation und Repräsentation in Europa. „Europa“, so Kubosch, „geht alle an, aber längst nicht alle haben das verstanden!“



Foto: Anestis Aslanidis

Spiegelreferate auf den Podien bildeten jeweils die Perspektiven der EU-Entscheidungsträger, der nationalen und kommunalen Ebene ab und befragten Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen auf ihre Analysen.

Die *Sozial- und Arbeitsmarktpolitik*, so der Tenor, müsse einer zunehmenden innereuropäischen Mobilität gerecht werden. Immer mehr Menschen verließen ihre Heimat aufgrund gravierender sozialer Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Diese „Armutszuwanderung“ stelle für die Kommunen ein „(fast) unlösbares Problem“ dar (Dr. Elisabeth Preuß, Bürgermeisterin der Stadt Erlangen). Insbesondere die Arbeitsmarktintegration sei angesichts verschiedener Ausbildungssysteme und Sprachkompetenzen weiterhin ein zentrales Zukunftsthema. Ein Konzept zur Problemlösung könne das duale Ausbildungssystem



Foto: Peter Roggenthin

Deutschlands sein, das sich andere Mitgliedstaaten zu nutzen machen sollten (Dr. Sascha Zirra, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). Der sozialen Dimension müsse gezielter begegnet werden (Martin Kastler, MdEP).



Fotograf: Peter Roggenthin

Währungsraums durch Formelkompromisse und abstrakte Regelungen verdeckt wurden, müssten künftig offen gelegt werden (Prof. Dr. Tobias Chilla, Institut für Geographie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg). Notwendig sei insbesondere eine weitere Konsolidierung der Haushalte (Dr. Michael Fraas, Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg).

Im Bereich *Wirtschaft und Finanzen* stand die politische Vertiefung der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion im Mittelpunkt. So forderte MdEP Sven Giegold supranationale Zusammenarbeit jenseits der bisherigen Kooperation von Nationalstaaten und Exekutiven. „Versteckte Zielkonflikte“, die bei der Einführung eines gemeinsamen Wirtschafts- und

In der *Außen und Sicherheitspolitik* hat sich die Europäische Union längst als internationaler Akteur positioniert. Unüberwunden sei jedoch auch nach dem Vertrag von Lissabon die Vielstimmigkeit der Mitgliedstaaten, die es erschwere, gemeinsame Aktionen und Standpunkte durchzusetzen. Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Institut für Politikwissenschaft und Soziologie, Julius-Maximilians-Universität Würzburg) sprach sogar von einer „dramatischen Erosion“ der gemeinsamen Außenpolitik. Dies reduziere auch die Schnittmenge transatlantischer Interessen, die zusehends auseinanderdrifteten (Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg).

Im Mittelpunkt der Debatte um die *Justiz- und Innenpolitik* standen das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) und der Datenschutz. Reformen müssten sich daran messen lassen, ob sie den selbstgesetzten Ansprüchen eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gerecht würden. Dr. Roderick Parkes (Polish Institute of International Affairs, Warschau) hob die Harmonisierung der Flüchtlings- und Asylpolitik



Foto: EU-Büro der Stadt Nürnberg

hervor; MdEP Monika Hohlmeier betrachtete diese sogar als einen „großen Sprung“. Kritik an der alltäglichen Abschiebep Praxis und der Lage der Flüchtlinge vor Ort brachte hingegen Amely Weiss (Bezirksrätin Mittelfranken) vor. Im Bereich Datenschutz müsse Europa gemeinsam agieren um entsprechende Standards auf internationalem Parkett zu erwirken (Monika Hohlmeier).

Kritische Themen stellen im Bereich *Grund- und Menschenrechte* rassistische Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen im Zuge des Kampfes gegen den



Foto: Peter Roggenthin

Terror dar. Dabei wäre eine gesamteuropäische Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und strukturellen Formen der Diskriminierung erforderlich. In einem föderalen Staat wie Deutschland sei die Umsetzung solcher Strategien auf allen Ebenen „ein langer Weg und ein dickes Brett“ (Michael Frieser, MdB). Die Kommunen können eine

Schlüsselrolle bei der Gestaltung eines friedvollen und respektvollen Zusammenlebens einnehmen. Martina Mittenhuber (Leiterin des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg) erläuterte die konkreten Maßnahmen der Stadt Nürnberg.

Die Europäische Union hat sich in der *Energie- und Klimapolitik* mit den sogenannten „20-20-20 Zielen“ bei der Reduzierung der Treibhausgase ein umfassendes Maßnahmenpaket gegeben. Zur Diskussion steht aber derzeit gerade ihr zentrales Instrument, der Emissionshandel. Seit 2011 zeichnen sich Tendenzen einer Renationalisierung im Politikfeld ab (Severin Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP). Zur Umsetzung der Energiewende, aber auch für die internationalen Klimaverhandlungen, müsse es hingegen ein „Mehr“ an Europa geben, so der Konsens der Referenten. Dabei verwies der Umweltreferent der Stadt Nürnberg, Dr. Peter Plutschke, auf Ansätze der kommunalen Ebene, wie zum Beispiel den Konvent der Bürgermeister/innen.



Foto: Anestis Aslanidis

Das *Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger* soll den Unionsbürgerinnen und -bürgern ihre Partizipationsmöglichkeiten verdeutlichen. Dies ist bei der Vielfalt von Sprachen, kulturellen Werten und Normen sowie einer hohen Anzahl an Mitgliedstaaten eine echte organisatorische Herausforderung. Die Europäische Bürgerinitiative gehe in Richtung auf ein „Mehr“ an Partizipation (Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vizepräsidentin a.D. des Europäischen Parlaments), die wo-möglich durch einen Zuwachs an direkter Demokratie zu fördern sei (Andreas Gross, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion der Parlamentarischen Versammlung des Europarates). Denn „Europa ist ja kein Selbstzweck, sondern ein Gesellschaftsprojekt – für die Bürger bzw. der Bürger“ (Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann).



Foto: Anestis Aslanidis